

RUSSLANDS ATOMPARTNER: FRAMATOME, SIEMENS ENERGY UND ROSATOM

Wie europäische Unternehmen ein kriminelles staatliches russisches Atomunternehmen unterstützen – und warum dies durch EU-Sanktionen gestoppt werden muss

Deutsche Zusammenfassung der englischen Version

Vorwort

Am allerersten Tag des völkerrechtswidrigen russischen Angriffs auf die Ukraine, am 24. Februar 2022, besetzten russische Streitkräfte das Kernkraftwerk Tschornobyl in der Ukraine. Zehn Tage später wurde Europas größtes Atomkraftwerk in Saporischschja in der Südukraine angegriffen und eingenommen. An der russischen Invasion waren und sind jedoch nicht nur militärische Akteure beteiligt, sondern auch andere russische staatliche Institutionen. Eine dieser Institutionen ist das russische Staatsunternehmen Rosatom. In den Tagen und Wochen nach der Einnahme von Tschornobyl und Saporischschja durch Russland wurde Personal aus den Rosatom-eigenen Kernkraftwerken an diesen beiden Standorten in der Ukraine eingesetzt. Rosatom hat sich damit aktiv an der Invasion der Ukraine beteiligt. Am 1. April 2022 verließen die russischen Truppen und Rosatom Tschornobyl - und hinterließen zerstörte Anlagen und Labors. In Saporischschja dauert die Besetzung durch das russische Militär und Rosatom bis heute an, durch die Sprengung des Kakowka-Staudamms hat sich die Lage dort noch einmal verschärft.

Rosatom ist eine staatliche Unternehmensgesellschaft, eine 1999 in Russland eingeführte nicht-kommerzielle Unternehmensform. Jedes staatliche Unternehmen wird durch ein eigenes russisches Bundesgesetz gegründet und befindet sich vollständig und direkt im Besitz der Russischen Föderation. Rosatom wurde Mitte der 2000-er Jahre vom russischen Präsidenten Wladimir Putin gegründet und ist verantwortlich sowohl für die zivile als auch für die militärische russische Atomindustrie. Wie der damalige Ministerpräsident Dmitri Medwedew 2012 sagte, ist Rosatom ein Unternehmen "sui generis" - "von eigener Art/Gattung" -, weil das Unternehmen nicht nur danach strebt, "seine Geschäftstätigkeit auszuweiten", sondern auch "einige ministerielle Aufgaben zu erfüllen". Die Besonderheiten der russischen Nuklearindustrie, so Medwedew, und ihrer "nuklearen Technologien mit doppeltem Verwendungszweck" - d.h. zivil und militärisch - bedeuten, dass "Rosatom für sehr lange Zeit ein Staatsunternehmen bleiben wird".

Faktisch ist das Geschäft mit Rosatom ein Geschäft mit dem russischen Staat. Die Lieferung von Atomtechnologie und Know-how an Rosatom dient den strategischen Interessen Russlands und hilft Russland, seinen völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine zu führen.

Zusammenfassung

Rosatoms Rolle beim russischen Angriff auf die Ukraine

Rosatom ist aktiv am russischen Angriff auf die Ukraine beteiligt. Der staatliche Atomkonzern hat an der bewaffneten Beschlagnahmung und dem Diebstahl ausländischer Vermögenswerte im Wert von vielen Milliarden Euro mitgewirkt. Er erhebt unrechtmäßig Anspruch auf die sechs Reaktoren des Atomkraftwerks Saporischschja, die Eigentum der Ukraine sind, und setzt durch seine Mitwirkung an der militärischen Besetzung des Kraftwerks die ukrainische und europäische Bevölkerung aktiv dem Risiko einer nuklearen Katastrophe aus.

Die Zerstörung des Kachowka-Staudamms durch die russische Armee am 6. Juni 2023 und die folgenden massiven Überschwemmungen und der Verlust des Kachowka-Stausees haben nicht nur die Risiken für das Atomkraftwerk Saporischschja erhöht. Es wurde auch deutlich, dass die Möglichkeit besteht, dass Russland die Anlage vorsätzlich beschädigt. Es ist einmalig in der Geschichte der Atomenergie, dass ein kommerzielles Kernkraftwerk von einem ausländischen Nuklearkonzern, Rosatom, und den Streitkräften dessen Landes direkt mit Zerstörung bedroht wird.

Dennoch haben sich die Sanktionen der Europäischen Union gegen russische Unternehmen bisher nicht auf das internationale Geschäft mit Rosatom ausgewirkt, der russische Atomkonzern blieb davon verschont. Mehr noch: Im Jahr 2022 stiegen die Exportverkäufe Rosatoms trotz des Einmarsches Russlands in die Ukraine deutlich an.

Der vorliegende Bericht zeigt, warum Rosatom trotz seiner direkten Beteiligung an der bewaffneten Invasion eines souveränen Staates bis jetzt von jeder Art von Kritik seitens der Europäischen Union verschont wurde. Grund dafür sind die gemeinsamen Interessen bestimmter EU-Mitgliedstaaten: Frankreich und Ungarn blockieren alle Bemühungen um EU-Atomsanktionen, untergraben die internationalen Initiativen, Druck auf die russische Wirtschaft auszuüben und stellen ihre kurz- und mittelfristigen wirtschaftlichen Interessen über die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine.

Französische und deutsche Nukleartechnologie-Exporte nach Russland zeigen die Dringlichkeit von Sanktionen

Die Einfuhr angereicherter Urans und Kernbrennstoffs in die EU durch Rosatom ist als ein wichtiger Faktor für ausbleibende Sanktionen bekannt. Diese Einfuhren sind jedoch nur ein Teil des Geschäfts zwischen Russland und den EU-Mitgliedstaaten. Denn der Atomhandel mit Russland ist keine Einbahnstraße: Große europäische Unternehmen haben laufende Verträge im Wert von Hunderten Millionen Euro für den Export ihrer Spitzentechnologie und ihres Fachwissens in russische Kernkraftwerke und in die Nuklearprojekte Rosatoms im Ausland. Ohne diesen Technologie- und Wissenstransfer kämen viele der wichtigsten neuen Reaktorprojekte in Russland und im Ausland zum Stillstand oder ganz zum Erliegen. EU-Unternehmen tragen durch die Bereitstellung ihrer Technologie und ihres Fachwissens direkt zur Aufrechterhaltung und Ausweitung der Geschäftstätigkeit von Rosatom bei - und damit indirekt auch zur Fortführung des Angriffs auf die Ukraine.

Diese Analyse konzentriert sich auf das europäische Nuklearkonsortium des französischen Unternehmens Framatome und seines deutschen Technologiepartners Siemens Energy. Gemeinsam spielen diese beiden Unternehmen eine Schlüsselrolle im Atomreaktorprogramm von Rosatom, sowohl in Russland als auch international. Durch den Export von modernster Technologie, Software, Wissen und Know-how tragen Framatome und Siemens Energy dazu bei, die Rolle Rosatoms im globalen Nuklearhandel zu stärken. Das gilt insbesondere für die Leittechniksysteme (Instrumentation and Control I&C systems), die quasi das Gehirn und zentrale Nervensystem eines Kernkraftwerks bilden. Durch diese Lieferungen ist Rosatom zum weltweit größten Lieferanten im Bau befindlicher Kernkraftwerke aufgestiegen. Dieser Bericht zeigt außerdem, dass Framatome und Siemens Energy durch ihre strategischen Partnerschaften mit Rosatom die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen des russischen Staates (sowie die wirtschaftlichen Interessen der französischen und deutschen Atomindustrie) direkt fördern. Diese Tatsachen machen deutlich, warum eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der russischen Nuklearindustrie inakzeptabel ist und umfassende und sofortige EU-Sanktionen gegen Rosatom dringend erforderlich sind.

Mehr Fragen als Antworten

Das Geschäft zwischen Russland, Framatome und Siemens Energy findet im Verborgenen statt und ist weitestgehend intransparent. Unsere Recherchen identifizieren die entscheidenden Fragen, auf die die beiden Unternehmen Antworten liefern müssen. Framatome und Siemens Energy mit diesen Fragen zu konfrontieren - insbesondere mit der Frage, ob ihre Mitarbeiter*innen seit dem Beginn des Angriffs auf die Ukraine in Kernkraftwerken von Rosatom (sowohl in Russland als auch anderswo) im Einsatz waren - ist ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung umfassender EU-Atomsanktionen gegen Russland.

Diese Sanktionen müssten auf das Geschäft zwischen Rosatom und der Atomindustrie der Europäischen Union abzielen, insbesondere Frankreichs und Deutschlands, und die Auflösung bestehender I&C-Verträge und anderer Verträge über Spitzentechnologie beinhalten. Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Beendigung der substanziellen Unterstützung Russlands durch Europa, gleichzeitig würde dadurch der Weiterbetrieb von Atomreaktoren weltweit grundsätzlich in Frage gestellt. Wie die aktuelle Krise in Saporischschja und die Geschichte von Tschornobyl und Fukushima Daiichi zeigen, kann der Betrieb von Atomkraftwerken katastrophale Folgen haben.

Von entscheidender Bedeutung ist auch, die finale Verwendung der Dual-Use-Technologie zu untersuchen, die Framatome und Siemens Energy an Rosatom geliefert haben: Technologie, die in Russlands nuklearem Militärprogramm genutzt werden könnte, einschließlich des Betriebs von U-Boot-Reaktoren. Rosatom ist für alle Bereiche des russischen Atomprogramms verantwortlich - von Reaktoranlagen über Waffen bis zu U-Booten. Daher sind Aussagen des Konzerns über den Endverbleib gelieferter Dual-Use-Güter nicht vertrauenswürdig. Während Russland also den demokratischen Staat Ukraine völkerrechtswidrig angreift und sogar mit einem Atomschlag droht, besteht ein sehr reales Risiko, dass europäische Unternehmen Russland mit waffenfähiger Nukleartechnologie beliefert haben.

Fazit

Die vorliegende Analyse zeigt: Bei dem I&C-Geschäft zwischen Framatome, Siemens Energy und Rosatom handelt es sich um eine jahrzehntelange, bis heute andauernde strategische Partnerschaft -, die von der aktuellen Entwicklung scheinbar vollkommen unbeeinflusst bleibt. Rosatom ist aktiv am russischen, völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine beteiligt - dem seit 1945 größten Konflikt in Europa, der den Kontinent an den Rand einer nuklearen Katastrophe bringt. Und: Die engen Beziehungen zwischen den französischen und deutschen Unternehmen und Rosatom sollen aufgrund der bestehenden Handelsabkommen noch Jahrzehnte andauern.

Eine wichtiger Teil des I&C-Geschäfts mit Russland besteht darin, dass Framatome und Siemens Energy durch IuK-Serviceverträge Rosatom direkt dabei unterstützen, die Ausfallzeiten russischer Kernkraftwerke zu reduzieren. Dadurch werden Kosten gesenkt und die Zeit, in der die Reaktoren Strom erzeugen, wird verlängert. Darin besteht ein direkter Nutzen für die russische Wirtschaft, der sich aus dem laufenden Nukleargeschäft von Rosatom mit Framatome und Siemens Energy ergibt. Dies steht in krassem Gegensatz zur Beschlagnahmung und illegalen Besetzung des ukrainischen Kernkraftwerks Saporischschja durch Rosatom und den Angriffen des russischen Militärs auf die Strom- und Energieinfrastruktur der Ukraine. Abgesehen von der öffentlichen und moralischen Empörung, die dies hervorrufen sollte, widerspricht es jeglicher Logik, dass die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission dies weiterhin zulassen, indem sie es versäumen, Sanktionen zu verhängen, die auch IuK-Geschäfte mit Rosatom abdecken.

Sofortige und umfassende Sanktionen zur Beendigung des Atomgeschäfts zwischen der EU und Russland sind dringend erforderlich. In diese Sanktionen muss der Transfer von Spitzentechnologie und Wissen im Bereich der I&C-Systeme einbezogen werden. Darüber hinaus sollten alle bestehenden Dienstleistungsverträge, an denen Framatome- und Siemens-Mitarbeiter*innen oder deren Subunternehmer*innen beteiligt sind, dringend in das EU-Sanktionspaket für den Nuklearbereich aufgenommen und beendet werden. **Außerdem sollten sich Framatome und Siemens verpflichten, keine neuen Verträge mit Rosatom oder für Rosatom-bezogene Projekte abzuschließen.**

Trotz der eindeutigen Beweise für einen Russland nutzenden, fortgesetzten Atomhandel, der dazu beiträgt, den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine anzukurbeln, hat die EU es bisher versäumt, Sanktionen gegen Rosatom zu verhängen. **Es besteht kein Zweifel daran, dass die Blockade von EU-Atomsanktionen gegen Russland - angeführt von Frankreich und Ungarn - in direktem Zusammenhang mit dem I&C-Geschäft zwischen Framatome, seinem Partner Siemens Energy und Rosatom steht.** Die derzeitigen Bemühungen der deutschen Regierung, die Exporte von Siemens Energy für Projekte im Zusammenhang mit Rosatom zu blockieren, sind begrüßenswert und ein Schritt in die richtige Richtung. Sie müssen jedoch durch EU-weite Sanktionen untermauert werden, wenn Europa seine Unterstützung für das staatliche russische zivile und militärische Atomunternehmen und dessen kriminelle Handlungen in der Ukraine vollständig beenden will.

Umfassende EU-Sanktionen gegen Rosatom sind unerlässlich. Doch solange Frankreich und Ungarn ihre eigenen Atominteressen über die Interessen der ukrainischen Bevölkerung

stellen, werden sie wahrscheinlich blockiert bleiben, weil ein Konsens erforderlich wäre. Dies ist ein Grund, warum die vielen unbeantworteten Fragen zu den laufenden I&C-Geschäften von Framatome und Siemens Energy mit Rosatom auf die Tagesordnung gehören. **Europäische Unternehmen, die ihre Geschäfte mit Rosatom fortsetzen, müssen verpflichtet werden, Informationen darüber offenzulegen.** Dazu gehört auch die Frage, ob ihr Personal seit dem 24.2.2022 in Russland (oder in Rosatom-eigenen Kernkraftwerken) tätig war. Die Details dieser fortgesetzten Zusammenarbeit aufzuklären, wäre ein wichtiger Schritt zur Überwindung der Hindernisse für EU-Sanktionen gegen Russland - Sanktionen, deren Einführung für die EU ein moralisches und praktisches Gebot sein muss.

Von entscheidender Bedeutung ist auch, die finale Verwendung der Dual-Use-Technologie zu untersuchen, die Framatome und Siemens Energy an Rosatom geliefert haben: Technologie, die in Russlands nuklearem Militärprogramm genutzt werden könnte, einschließlich des Betriebs von U-Boot-Reaktoren. Rosatom ist für alle Bereiche des russischen Atomprogramms verantwortlich - von Reaktoranlagen über Waffen bis zu U-Booten. Daher sind Aussagen des Konzerns über den Endverbleib gelieferter Dual-Use-Güter nicht vertrauenswürdig. Während Russland also den demokratischen Staat Ukraine völkerrechtswidrig angreift und sogar mit einem Atomschlag droht, besteht ein sehr reales Risiko, dass europäische Unternehmen Russland mit waffenfähiger Nukleartechnologie beliefert haben. Dies ist ein weiterer Grund unter vielen, warum EU-Atomsanktionen gegen Russland lange überfällig sind.

Report:

[RUSSIA'S ATOMIC PARTNERS: FRAMATOME, SIEMENS ENERGY AND ROSATOM](#)

How European companies are supporting a criminal Russian state nuclear company
– and why EU sanctions are needed to stop it

Shaun Burnie, Jan Vande Putte

Greenpeace Deutschland e. V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Phone +49 (0)40 30618-0,
mail@greenpeace.de. V.i.S.d.P. Thomas Breuer